

FÜR UNS GILT:

**KEINEN FUßBREIT
NACH RECHTS**

MIT FASCHISTEN PAKTIERT MAN NICHT!

BESCHLUSS DES LANDESPARTEIRATES DER NRWSPD

Das Unfassbare ist passiert: In Thüringen wurde ein Ministerpräsident von Höckes Gnaden – also mit den Stimmen der AfD – gewählt. Für den FDP-Abgeordneten Thomas Kemmerich wäre ein Regieren ohne die Stimmen der AfD de facto unmöglich. Die Wahl war damit eine schallende Ohrfeige für alle Demokratinnen und Demokraten in Deutschland. Umso mehr brauchen wir jetzt stabile politische Verhältnisse. Baldige Neuwahlen sind der beste Ausweg sowie zuvor die Einigung auf einen neuen Ministerpräsidentenkandidaten, um die Wahlen geordnet vorzubereiten. Hier sind jetzt alle demokratischen Parteien aufgefordert, nicht parteistrategisch zu taktieren, sondern eine klare Brandmauer gegen die AfD hochzuziehen.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind uns unserer Geschichte und unserer Verantwortung bewusst. Die SPD ist seit 156 Jahren das Bollwerk gegen Rechts. Für uns gilt: Kein Fußbreit dem Faschismus! Wir stehen an der Seite des zivilgesellschaftlichen Aufschreis, der sich seit den Geschehnissen in Thüringen erhoben hat. Ob Bund, Land oder Kommune: Von demokratischen Parteien erwarten wir eine klare Haltung gegen die AfD, gegen Faschismus und gegen Rechtsnationalismus. Mit Faschisten paktiert man nicht!

Das Udenkbare ist passiert, eine faschistische Partei wählte sich ihren Ministerpräsidenten. Der FDP-Abgeordnete Thomas Kemmerich ist ein Ministerpräsident von Björn Höckes Gnaden, ein Regieren ohne die Stimmen der AfD ist de facto unmöglich. Die Wahl wird damit zu einer schallenden Ohrfeige für alle Demokratinnen und Demokraten in Deutschland. Neuwahlen sind der beste Ausweg.

Machttrunken fantasierte Thomas Kemmerich noch am Abend seiner Wahl von einer „demokratischen Mitte“ und der Absicht, die „Spaltung dieser Gesellschaft zu überwinden“. Er verstieg sich sogar in die Argumentation, man wolle mit diesem Bündnis „linke radikale Ideen mit Enteignungsfantasien“ verhindern. Dabei bedient er sich sprachlicher Muster,

die vor 90 Jahren in Thüringen beginnend auf direktem Wege in die Schreckensherrschaft des Nationalsozialismus führten. Aktuell setzen CDU und FDP die AfD – eine Partei, deren Landesvorsitzenden man gerichtsfest als Faschisten bezeichnen darf – auf eine Stufe mit Die Linke. Das ist geschichtsvergessen und gewollte Strategie – nicht nur in Thüringen.

Die Wahl von Kemmerich war ein bewusst kalkulierter Schachzug unter der Regie von Björn Höcke. FDP und CDU paktierten mit der AfD und machten sich zu Steigbügelhaltern. Beide Parteien kündigten damit einen bis dahin unumstößlichen Konsens unter demokratischen Parteien auf. Die Parteispitzen von FDP und CDU waren im Vorfeld informiert und duldeten den Vorgang; das ist ein Skandal. Bereits frühzeitig wurde gewarnt, dennoch ließen die Bundesparteien ihre Landesverbände an der langen Leine. Verantwortungsträger*innen haben gezündelt – sie hätten es besser wissen müssen.

Auch wenn es zu Neuwahlen kommen sollte, ist ein einfaches „Weiter so“ derzeit nicht vorstellbar. Das Vertrauensverhältnis ist erschüttert. FDP und CDU müssen klarstellen, dass sie die Vorgänge in Thüringen auf das Schärfste verurteilen. Sie müssen sicherstellen, dass Bündnisse und Zusammenarbeit mit Faschisten in Zukunft wieder ausgeschlossen sind. Worte allein reichen hier nicht. Wer ein Mindestmaß an demokratischer Kultur in seiner Partei nicht durchsetzen kann, muss sich persönlich hinterfragen und nötigenfalls Konsequenzen ziehen. Die Verantwortung hierfür liegt bei den Spitzen von CDU und FDP. ■



SICHERHEIT TROTZ UMBRÜCHEN, ZUSAMMENHALT STATT HASS UND HETZE

von Sebastian Hartmann

2020 wird ein arbeitsreiches Jahr für uns in Nordrhein-Westfalen: mit Landesparteitag und Kommunalwahl. Dafür sind wir gut vorbereitet: Die SPD ist personell klar aufgestellt. Wir haben uns inhaltlich eindeutig positioniert – mit dem Abschluss des Rot-Pur-Prozesses in NRW und der Verabschiedung des Sozialstaatskonzepts auf dem Bundesparteitag. Jetzt heißt es: für Beschlüsse werben, Ideen umsetzen. Wir haben uns lange mit einer sehr zentralen Frage auseinandergesetzt: Wie sieht eine lebenswerte Gesellschaft der Zukunft aus? Wie gestalten wir ein solidarisches Miteinander? Die NRWSPD hat einen klaren Fokus: Wir wollen die Gesellschaft zusammenhalten, indem wir Sicherheit trotz Umbrüchen bieten. Unser Grundsatz: Starke Schultern müssen mehr tragen als schwache. Wir sorgen für sozialen Frieden und setzen Hass und Hetze klare Grenzen. Was heißt das konkret?

Sicherheit beim Umbau der Industriegesellschaft

In NRW beginnt die Zukunft Deutschlands, weil wir Strukturwandel kennen und können. Auch jetzt wagen wir den Einstieg in eine moderne Industriepolitik – und zwar mit dem Ausstieg aus der Kohle. Für die Menschen und die Orte in NRW heißt das: Sie sind herausgefordert, wieder massive strukturelle Veränderungen abzufangen und dabei sozialen Zusammenhalt und Gerechtigkeit zu bewahren. Genau das ist unsere Aufgabe als Sozialdemokraten: Neue Allianzen schaffen für einen mutigen Industrie- und Energieumbau, der gekoppelt ist mit einem ambitionierten Klimaschutz. Wir schaffen Klarheit und Sicherheit für Beschäftigte und Regionen. Auf unserem Weg in diese Zukunft werden wir fair und ressourcenschonend produzieren, Erwirtschaftetes gerecht verteilen und allen Menschen eine echte Chance auf ein gutes Leben bieten.

Handlungsfähige Kommunen

Wie sieht das NRW aus, in dem wir in Zukunft leben wollen? Menschen leben in Städten und Gemeinden, sie beeinflussen maßgeblich die Lebensqualität. Diese steigt mit guten Schulen, ausgebauten Straßen, geöffneten Schwimmbädern und Theatern. Sie sind das Fundament für ein friedliches Zusammenleben. Doch dieses Fundament bröckelt. In den

vergangenen Jahrzehnten sind die kommunalen Investitionen massiv zurückgegangen. Städte und Gemeinden sind klamm. Sie haben keinerlei Handlungsspielräume mehr. Es ist jetzt höchste Zeit für die vollständige Entschuldung aller Kommunen, verbunden mit einem bundesweiten Investitionsprogramm. Nur so ermöglichen wir Lebensqualität, aber auch Chancengleichheit für alle und stärken nicht zuletzt die Demokratie. Denn Städte, die nicht investieren können, gehen kaputt und beflügeln die Hetzer am rechten Rand.

Klare Kante gegen Rechts

Eine unserer größten Herausforderungen ist die Auseinandersetzung mit der AfD. In Thüringen ist das passiert, was alle demokratischen Kräfte gemeinsam hätten verhindern müssen: dass die AfD unmittelbaren Einfluss auf die Regierungsbildung nimmt. CDU und FDP haben einen Tabubruch begangen, der Spuren hinterlassen wird. Es darf unter demokratischen Parteien keinen Zweifel daran geben, dass man mit der AfD nicht taktiert. Ob im Bund, im Land oder in den Kommunen: Eine Zusammenarbeit mit der AfD muss von allen demokratischen Parteien rigoros ausgeschlossen werden. Bei den Kommunalwahlen am 13. September werden wir alles dafür tun, einen Rechtsruck in unseren Städten und Gemeinden zu verhindern. Das schaffen wir, wenn wir den Menschen Ängste und Unsicherheiten nehmen, indem wir klare Perspektiven schaffen, Orientierung bieten und ökonomische Probleme an der Wurzel packen. Den Kampf gegen Rechts gewinnen wir durch Investitionen in Schulen, Straßen, Schwimmbäder und bezahlbare Wohnungen. Uns unterscheidet alles von der AfD und ganz besonders, dass wir Probleme erkennen und lösen, statt sie nur für rechten Hass und Hetze zu nutzen. Emotional gesteuerten Identitätsdebatten setzen wir ein Gesellschaftskonzept entgegen, das Freiheit und Sicherheit bietet, Rechte und Pflichten kennt, Solidarität und Chancen für alle bereithält. ■



Lissi von Bülow (44) kandidiert in Bonn für das Amt der Oberbürgermeisterin. Als Juristin mit breiter Berufserfahrung als Rechtsanwältin, Geschäftsführerin und in der Verwaltung auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene als Dezernentin der Stadt Bornheim bringt sie einen großen Erfahrungsschatz für eine erfolgreiche Kommunalpolitik mit.

DREI MAL KURZ UND KNAPP

Mit **Lissi von Bülow**

Am 13. September sind Kommunalwahlen in NRW. Bist du schon in Wahlkampfstimmung?

Ja, wir sind schon mitten im Wahlkampf. Natürlich nicht im Straßenwahlkampf. Jetzt geht es darum, dass ich als Person in der Stadt bekannter werde. Denn im Unterschied zum jetzigen Oberbürgermeister bin ich natürlich nicht jeden Tag mit fünf Fotos in der Presse. Ich führe viele Hintergrundgespräche, bin auf Empfängen oder rede in kleineren Runden. Ich setze auf das persönliche Überzeugen und eine Graswurzelbewegung. Ich möchte die Bevölkerung mitnehmen und zeigen, dass ich eine andere Auffassung und ein anderes Rollenverständnis vom Oberbürgermeisteramt habe. In Bonn scheitern unglaublich viele Vorhaben im Prozess. Da sind systemische Fehler erkennbar. Ich gehe Prozesse ganz anders an. Ich sehe mich in einer viel aktiveren Rolle: als Lenkerin, als Moderatorin und Teamplayerin. Ich möchte parteiübergreifend, gemeinsam Bonn voranbringen. Hier setze ich an und das ist auch meine Kompetenz.

In den meisten Rathäusern stehen immer noch Männer an der Spitze. Haben es Frauen schwerer in der Kommunalpolitik?

Es ist leider so, dass da kein Fortschritt erkennbar ist. Eher ein Rückschritt. Ich halte die Art und Weise, wie auf kommunaler Ebene Politik gemacht wird, für schwierig. Ratssitzungen finden zu den familienunfreundlichsten Zeiten statt. Sitzungen bis weit nach 23 Uhr, und das nach einem langen Arbeitstag, sind normal. Wir müssen den Dreiklang aus Familie, Beruf und Ehrenamt aber insgesamt hinbekommen, weil wir nicht nur in der Politik, sondern in allen Bereichen ehrenamtlichen Nachwuchs brauchen. Wir brauchen ein Arbeitsumfeld, das nicht nur für Frauen, sondern für Familienmensen attraktiv ist. Wir müssen

darüber nachdenken, ob wir da nicht ganz andere Strukturen schaffen müssen. Außerdem glaube ich, dass wir eine Quote in den Parlamenten brauchen, weil sonst nichts passieren wird.

Wo nimmst du die Energie und Motivation her, trotz aller Widrigkeiten zu kandidieren?

Es wäre natürlich viel gemütlicher, das jetzt nicht zu machen (lacht). Aber Demokratie geht nun mal nicht vom Sofa aus. Man kann, man muss sich einbringen. Jeder so gut und so tief, wie er es kann. Aber um die Demokratie zu stärken, zu wahren und wirklichen Fortschritt für die eigene Stadt zu erreichen, muss man auch Verantwortung übernehmen und muss sich aktiv einmischen. Eigentlich mache ich das aus einem Verantwortungsbewusstsein heraus. Ich mache das für meine Stadt. Und nur ganz zuletzt für mich. Ich habe einen guten Job. Ich bin abgesichert. Ich müsste das nicht machen. Aber ich möchte etwas verändern. Und dafür bekomme ich auch Respekt bei den Leuten, weil sie sehen, dass ich es ernst meine. ■



Die NRWSPD trauert um

Gerda Kieninger

* 21. Februar 1951 † 22. Januar 2020

Wir sind bestürzt und tief traurig über den viel zu frühen Tod von Gerda Kieninger. Sie war eine aufrechte und gradlinige Frau. Für uns war sie eine Freundin, für viele eine kämpferische Frauenrechtlerin und immer eine Sozialdemokratin mit dem Herzen am rechten Fleck. Gerda Kieninger war auch nach ihrem Ausscheiden 2017 aus dem Landtag eine wertvolle Ratgeberin, interessante Gesprächspartnerin und politisch Tatkräftige. Bis zum Schluss engagierte sie als Vorsitzende des Unterbezirks der Arbeiterwohlfahrt (AWO) in Dortmund und stellvertretende Vorsitzende des AWO-Bezirks Westliches Westfalen.

Wir haben ihr als aufrichtige und gewitzte Sozialdemokratin viel zu verdanken: Durch ihre Unnachgiebigkeit und Unbeirrtheit hat sie grundlegende Debatten vor allem um das Landesgleichstellungsgesetz und für Frauenrechte vorangetrieben. Mit besonderer Sensibilität und geschickter politischer Vehemenz hat sie das Thema Gewalt gegen Frauen und Mädchen immer wieder auf die politische Agenda in Nordrhein-Westfalen gehoben. Gerda Kieninger war für uns eine besondere und herzliche Genossin. Wir wünschen ihrer Familie, ihren Angehörigen und Freunden in diesen schweren Stunden viel Kraft und sind mit unserer Trauer an ihrer Seite.

Sebastian Hartmann, Vorsitzender NRWSPD

Nadja Lüders, Generalsekretärin NRWSPD



Die NRWSPD trauert um

Guntram Schneider

* 2. Juli 1951 † 3. JANUAR 2020

Die Nachricht macht uns alle traurig. Der Verlust ist immens: Wir haben einen integren Menschen, einen aufrechten Sozialdemokraten und einen leidenschaftlichen Gewerkschafter verloren. Er war ein Kämpfer und Original mit dem Herzen auf dem rechten Fleck. Sein politischer Einsatz war stets auf Arbeitnehmerrechte und soziale Gerechtigkeit ausgerichtet. Auf dem zurückliegenden Landesparteitag begrüßte er den Rot-Pur-Prozess und die Reformvorschläge für einen neuen, gerechteren Sozialstaat. Dazu war Guntram Schneider ein geschichtsbewusster Sozialdemokrat. Wir alle haben sehr gern und sehr gut mit ihm zusammengearbeitet, ihn

als Kollegen, Vertrauten und Politiker sehr geschätzt. Unser herzliches Beileid gilt den Angehörigen, Freunden und allen Genossinnen und Genossen. Möge Guntram Schneider in Frieden ruhen.

Als einstiger nordrhein-westfälischer DGB-Chef und späterer Arbeitsminister im Kraft-Kabinett verbinden wir mit dem Sozialdemokraten Guntram Schneider große Verdienste um eine soziale Arbeitsmarktpolitik, die die Integration von Langzeitarbeitslosen ebenso beinhaltete, wie die Einbindung von Menschen mit Behinderung und die Förderung der beruflichen Bildung. Guntram Schneider war unter anderem maßgeblich an der Einführung des ‚Kein Abschluss ohne Anschluss‘-Projektes beteiligt, das Jugendlichen mit Startschwierigkeiten den Übergang von der Schule in den Beruf erleichtern soll. Mit Guntram Schneider als Minister hat Nordrhein-Westfalen zudem, mit der Einführung des ersten Teilhabe- und Integrationsgesetzes eines Flächenlandes, bundesweit eine Vorreiterrolle im Punkt Integration eingenommen.

Sebastian Hartmann, Vorsitzender NRWSPD

Nadja Lüders, Generalsekretärin NRWSPD

IMPRESSUM

Herausgeber Nadja Lüders, SPD-Landesverband NRW, Werdener Straße 4, 40227 Düsseldorf
Redaktion Yvonne Reißig, Astrid Mohr, Christiane Spittel
E-Mail vorwaerts@nrwspd.de
Internet www.nrwspd.de